

Eine europäische Vernunft

Die Regierung von Mario Draghi hat den Populismus in Italien ausgebremst. Wie ist das möglich?

Mario Draghis Zwischenbilanz

Von Klaus Georg Koch

Lauscher statt Lautsprecher: Matteo Salvini (links) Rolle und Auftreten in der italienischen Politik hat sich durch Mario Draghi (rechts) drastisch gewandelt. EPA

Mit dem Populismus in Italien geht es zu Ende, als habe er den Zug der Zeit verpasst. Als unwiderstehliche Macht der Geschichte hatte ihn Matteo Salvini noch Anfang vergangenen Jahres inszeniert. Sein schrill orchestrierter Marsch auf Rom endete damals am Nordufer des Flusses Rubicone, als die Wähler der Emilia-Romagna es vorzogen, sozialdemokratische und zivile Parteien in ihre Regionalregierung zu schicken.

Jetzt haben überall im Land Bürger der größten Städte den Populismus an den Rand geschoben. Nach den Kommunalwahlen stehen Neapel, Rom, Bologna, Mailand und Turin unter sozialdemokratischer Leitung. In Rom und Turin wurden die Bürgermeisterinnen der Fünf-Sterne-Bewegung abgewählt, sie erhielten nur noch ein Viertel ihrer früheren Stimmen. Die Kandidaten der rechtspopulistischen Parteien, geführt von Matteo Salvini und Giorgia Meloni, blieben mit einem Abstand von 20, 30, in Neapel sogar 40 Prozent hinter den Siegern zurück. Für Politiker, die den Anspruch erheben, den Willen des „Volkes“ zu verkörpern, sind das verheerende Ergebnisse.

Noch einmal hatten Salvini und Meloni versucht, Politik mit den Rezepten der Antipolitik zu machen. Die Kandidaten, die sie nach zähem Streit aufstellten, kamen aus dem Bereich der Zivilgesellschaft. Die Botschaften blieben schwach und rückwärtsgewandt – so sprach sich der Mailänder Kandidat, ein Chefarzt für Kinderheilkunde, als Erstes für die Abschaffung der neu eingerichteten Fahrradwege aus. Dass die Populisten von rechts und links mit ihrem manchmal gut gemeinten Dilettantismus den Ineffizienzen italienischer Politik eher neue hinzufügten, als die alten zu beseitigen, war den Leuten nicht verborgen geblieben. Die Kandidaten der sozialdemokratischen Parteienbündnisse dagegen verfügten über politische Erfahrung, das schien vielen diesmal als das attraktivere Versprechen.

Der Staat handelte entschlossen

Wer weiß, ob die Entzauberung populistischer Politik nicht länger gedauert hätte, wäre nicht die Covid-Katastrophe über das Land hereingebrochen. In der Not handelte der Staat mit ungewohnter Entschlossenheit, im Vergleich zu Deutschland geradezu autoritär – er sperrte die Bürger zu Hause ein. Jedenfalls wurde, unter enormen wirtschaftlichen Kosten, die Epidemie auf ein Ausmaß beschränkt, mit dem die regionalen Gesundheitssysteme umgehen konnten. Wirtschaft und Arbeitsmarkt wurden auf eine Weise reguliert, die dem Land eine massenhafte Verelendung ersparte.

Durchgesetzt hat den Kulturwandel zugunsten von Sachkompetenz und Problemlösung Mario Draghi, seit er im Februar 2021, mitten in der Corona-Krise, vom Staatspräsidenten mit dem Aufbau einer neuen, von fast allen Parteien getragenen Regierung beauftragt wurde. Dass der Bankier Draghi wie kaum ein anderer verkörpert, was die populistische Parlamentsmehrheit zwei Jahre zuvor zu entmachten sich vornahm, das „Establishment“, schien kein Problem

mehr, so wie außerhalb des Parlaments die Redezeit nun dem Establishment der Virologen, Statistiker und Lungenfachärzte gehörte. „Super-Mario“ gilt als der einzig mögliche und daher letzte Retter, der Italien Reformen und einen Neuanfang ermöglichen könnte.

Tatsächlich spielte das zuvor viel beschworene „Volk“ in Draghis Antrittsrede vor dem Parlament keine Rolle mehr, stattdessen sprach der Regierungschef von Bürgern und von den Institutionen des Staates, von Verantwortung, Pflichten, Solidarität. Damit war ein neuer Rahmen für das politische Handeln gesetzt. Wo bislang nach Kriterien des Klientelismus und politischer Gegnerschaft verfahren worden war – und politische Gegner wurden immer neu, in unbegrenzter Zahl produziert –, sollte nun im Sinn des Gemeinwohls gehandelt werden. Darin drückt sich eine aufklärerische Staatsidee aus, sicher entspricht es auch den Imperativen der Pandemie: In Frankreich hatte Macron den „Krieg“ der Nation gegen das Virus ausgerufen, in Deutschland ersetzte Merkel den Begriff der Gesellschaft durch jenen der Gemeinschaft, Draghi sah die Italiener „im Schützengraben“. Neigen populistische Bewegungen dazu, Forderungen nur an andere zu stellen, so wurde die Lösung der Probleme Italiens nun zur Aufgabe aller Bürger erklärt.

Von parteipolitischen Stimmungen lässt sich Draghi nicht beeinflussen, das wurde zunächst in der Corona-Politik deutlich. Denn Bedingung eines jeden Wiederaufbaus war die Beendigung der Epidemie. Mochten Salvini und Meloni noch so oft ihren Trieben zur Revolte nachgeben, zur Revolte gegen Kontaktbeschränkungen, Masken, Testpflicht, Impfung, Impfnachweis, Draghi wich keine Handbreit von seiner Linie ab. Mit Überzeugungsarbeit und Druck, hart am Rand einer förmlichen Impfpflicht, betreibt er die Immunisierung der Bevölkerung. Gab es vor dem Auftreten Draghis ständig Scharmützel zwischen der Zentralregierung in Rom und

Gouverneuren anderer politischer Couleur in der Lombardei, im Veneto, in Ligurien, so einigten sich alle bald auf die ergebnisorientierte Linie des Regierungschefs. Wenn heute in der Lombardei praktisch 90 Prozent der über Zwölfjährigen geimpft sind und das Leben in Fabriken, Ämtern, Schulen und Theatern beinahe wieder in den gewohnten Bahnen verläuft, dann liegt das an Draghis Durchsetzung einer Vernunft, die Geltung für alle beansprucht, ohne Ansehen der Partei.

Vernunft ist eine schwache Kategorie

„Vernunft“ ist freilich eine schwache Kategorie in einem Land, in dem es oft als eine Frage der Ehre gilt, sich nicht dem besseren Argument zu beugen, ja nicht einmal hinzuhören. Draghi setzte den Parteien seiner großen Koalition daher Grenzen: Die für die Reformen zentralen Zuständigkeiten für Wirtschaft, Justiz, digitale Transformation, ökologische Transformation, Universität und Schule besetzte er mit Ministerinnen und Ministern, die er unter Fachpersonen außerhalb der Parteien rekrutierte. Die Arbeit im Kabinett gilt als strikt sach-, problem- und lösungsorientiert, den Entscheidungsgremien lässt Draghi – nach allem, was nach außen dringt – wenig Raum für Fragen der parteipolitischen Distinktion. In kritischen Fragen setzt er eher auf Einzelgespräche als auf Debatten. Gewiss dürfen die Parteien reden, worüber sie möchten. Da die politischen Ziele aber vorgegeben sind, haben sie effektiv nicht viel zu sagen. Salvini nannte Draghi kürzlich den Vorstandsvorsitzenden, den „CEO“ der Regierung. Das darf man als Kritik verstehen – eine Demokratie, in der nicht öffentlich diskutiert wird, hat auf Dauer ein Problem. Ein wenig neidisch klang es aber auch, denn in gewisser Weise verfügt Draghi über jene Vollmacht, jene „pieni poteri“, die Salvini sich im Sommer 2019 wünschte und damit das alarmierte Parlament zu einer Regierungsbildung ohne ihn drängte.

Draghi, der bereits mit einem großen politischen Kapital in die Regierung eingetreten ist, kann es sich leisten, in der Öffentlichkeit und noch mehr in den sozialen Medien zu schweigen. Wer sich im Politikbetrieb die Zustimmung einer Wählerschaft erst aufbauen muss, kann das nicht. Von Salvinis Fantasie unterscheidet sich Draghis Macht indessen darin, dass sie nicht auf dem Willen zu persönlicher Herrschaft beruht. Denn was Draghi als alternativlos gesetzt hat, ist es auch, zumindest insofern, als sich darin eine europäische Vernunft manifestiert. Die rund 200 Milliarden, mit denen die Europäische Union den Neustart Italiens bis Ende 2026 finanziert, sind an die Umsetzung festgeschriebener Reformen innerhalb eines geregelten Zeitplans geknüpft: Reformen der Rechtsprechung, öffentlicher Ausschreibungen, eine Bürokratiereform, Investitionen in die Infrastruktur und in das Bildungswesen. Zwar hat die Europäische Kommission jahrelang dringliche Briefe mit Reformervwartungen nach Rom geschickt. Aber jetzt erst werden ihre Vorschläge nicht mehr als Verfügung von außen und oben verstanden, sondern als das Interesse des Landes selbst. Diese Einheit aus europäischer Vernunft und nationalem Interesse verkörpert Draghi, zwei Drittel der Bevölkerung vertrauen ihm.

Ob in Italien nach der chauvinistischen Erhitzung ein neuer politischer Zyklus begonnen hat, vielleicht sogar ein Kulturwandel der breiteren politischen Öffentlichkeit, muss sich natürlich erst zeigen, die politischen Stimmungen schlagen hier manchmal von einem Jahr zum anderen um. Auf kurze Sicht lassen sich die Reform des Staates, die Modernisierung der Infrastruktur, die Entwicklung des Humankapitals durch Bildung und Weiterbildung nicht erreichen – Millionen von Staatsbediensteten, Verwaltungsangestellten, Gesundheitsfunktionären, Lehrern, Professoren müssten ihre eigenen Routinen modernisieren, überhaupt einmal ihr Interesse an

Veränderung entdecken. Draghi versucht, die Parteien aus dem größten Teil des politischen Spektrums so unlösbar auf die strukturellen Reformen zu verpflichten, dass sie die Richtung auch nach seinem Ausscheiden als Regierungschef halten. Die Leute, die gegen Europa und gegen eine Modernisierung ihres Landes sind, gehen vorerst nicht mehr zur Wahl, sondern allenfalls am Samstagnachmittag zur Anti-Green-Pass-Demonstration. Salvini hüpfert zwischen beiden Positionen hin und her, so lange, bis er sich verheißt. Wenn es klappt, findet Italien wieder Anschluss an Europa. Geht es schief, wird Draghi seliggesprochen und an Sonntagen verehrt.